

Charlotte Hahner

Ecuadors Indianervölker auf dem Vormarsch

Ecuador vom 28.07. - 09.09.1998,
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

| | | |
|------|---|-----|
| | <i>Ein Vorwort mit Wehmut</i> | 76 |
| I. | Melting-Pot Santo Domingo de los Colorados - Kaum noch eine Spur von den Roten Indianern | 76 |
| | <i>Von einer unglaublichen Begegnung</i> | 77 |
| | <i>Von den letzten Colorados</i> | 78 |
| | <i>Durch den einst unberührten Urwald rollen heute Blechlawinen</i> | 78 |
| | <i>Die Brücke von Ehrenhäuptling Juan Rau</i> | 79 |
| | <i>Von Aguavils und einem unbeschwerten Leben</i> | 79 |
| | <i>„Fast alle hier sind katholisch“</i> | 80 |
| | <i>„Kultur hat nur, wer lesen und schreiben kann“ - ein Workshop im Urwald</i> | 81 |
| | <i>Ein Versprechen für die Indianer</i> | 82 |
| II. | Die 90er - Ecuadors Indianervölker auf dem Vormarsch | 83 |
| | <i>Zwischen Erfolg und Kritik</i> | 84 |
| | <i>Die Doctora, „die jeder kennt“</i> | 85 |
| | <i>„Zur Casa von Don Sixto bitte“</i> | 87 |
| III. | Wo Chicha und schwarzes Gold fließen - Sarayacu auf dem Weg ins 3. Jahrtausend | 88 |
| | <i>Von Chicha und Marktwirtschaft</i> | 89 |
| | <i>Gesprächsthema Nummer eins - die Compania ARCO</i> | 90 |
| | <i>Die Fakten - über ein endloses Hick-Hack</i> | 91 |
| | <i>Nicht mehr als Goodwill-Bekundungen</i> | 94 |
| | <i>Eine Antwort hinter Gittern - was ARCO zu den Vorwürfen sagt</i> | 96 |
| | <i>Visionen für ein Sarayacu im 3. Jahrtausend</i> | 100 |
| | <i>Zurück bleiben Erinnerungen an ein Paradies</i> | 102 |
| | | 75 |



Charlotte Hahner, Jahrgang 1970, aufgewachsen in Wuppertal. Magisterstudium der Geschichte mit Schwerpunkt Lateinamerika und Romanistik in Köln und Chile. Studienbegleitende journalistische Ausbildung durch die Journalistische Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Während des Studiums diverse Praktika bei Print- und TV-Medien in Deutschland und Chile. Bis Anfang 1998 freie Mitarbeiterin bei der „Kölnischen Rundschau“. Seit 1. Oktober in Berlin als Leiterin Kommunikation und Social Marketing für die Region Nordost des Malteser Hilfsdienstes.

Ein Vorwort mit Wehmut

Ich habe eine großartige Reise erlebt - in meiner Erinnerung werden manch' überwältigendes Erlebnis, manch' beeindruckendes Gespräch und viele menschlich zutiefst anrührende Begegnungen noch lange lebendig bleiben. Auf diesen Seiten kann ich nur einen Bruchteil meiner Erfahrungen schildern, die ich während meiner Recherche bei verschiedenen Indianervölkern Ecuadors machen konnte. Entwicklungen, Fortschritte und Probleme im politischen Organisationsprozess der Indios kann ich nur anskizzieren.

Beim Entwurf dieser Skizze ist mir klar geworden, dass ich eine indianische Realität kennenlernen konnte, von der wir hier in Deutschland bestenfalls nur romantisch verklärte Mythen oder aber politisch verzerrte Bilder kennen - oder bestenfalls gar nichts. Ich habe eine Welt kennengelernt, die auch wertvolle Alternativen für eine menschlichere Zukunft der lateinamerikanischen Gesellschaft zu bieten hat - und die doch durch Menschenhand selbst vom Untergang bedroht ist. Dieses Drama anzudeuten - das ist mir wichtig! Und mir ist - wieder einmal - klar geworden, dass sich die Wirklichkeit nicht vom Schreibtisch in Deutschland erfassen lässt.

Mein aufrichtiger Dank gilt der Heinz-Kühn-Stiftung, für diese einzigartige Möglichkeit journalistischer Fortbildung und besonders Erdmuthe Op de Hipt für ihre so persönliche und engagierte Betreuung. Dem Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung in Quito, Hans-Ulrich Büniger, bin ich ebenfalls sehr zu Dank verpflichtet, weil er meine Recherchen mit wertvollen Tips und Kontakten vervollständigt hat.

I. Melting-Pot Santo Domingo de los Colorados - Kaum noch eine Spur von den Roten Indianern

Santo Domingo de los Colorados - der schillernde Name verspricht tropisches Flair und einen Hauch von Abenteuer. Zumindestens die Anreise hält,

was das Ziel zu versprechen scheint. Die in Nebel gehüllte Straße zwischen der Andenmetropole Quito und dem Tiefland führt fast 3000 Höhenmeter die westlichen Andenhänge hinab. Dem Besucher von Santo Domingo steht ein zweistündiger Horrortrip bevor. Auf der kurvenreichen Strecke rasen Busse und Autos in halsbrecherischer Geschwindigkeit hinab. Bei Nacht und Nebel verlassen sie sich blind auf Hupen und Scheinwerfer. Das Panorama ist atemberaubend schön. Durch die Nebelschwaden tauchen endlose Bananenplantagen und üppig grüne Vegetation am Wegesrand auf. Die lauen Temperaturen des Hochlandes verwandeln sich rasch in tropisch-feuchtheiße Grade.

Kaum hat sich jedoch der Puls nach dem schwindelerregenden Abstieg beruhigt, der Nebel der Tiefebene sich gelichtet, kommt auch schon schlagartig die Ernüchterung. „Santo Domingo erweckt den Eindruck, als habe der Himmel einen riesigen Kübel Beton, Zement und Steine über dem Tropenwald ausgeschüttet“, schrieb vor einigen Jahren ein Journalist über diesen Melting-Pot, die Stadt, die ein Vielvölkergemisch aus Mestizen, Kreolen, Schwarzen und Indios beherbergt.

Von einer unglaublichen Begegnung

Aber die träge, fast drückende Stimmung, die diese Stadt gleich bei Ankunft ausstrahlt, läßt mich unberührt. Schließlich hab ich keinen Grund betrübt zu sein - vier Stunden zuvor wusste ich nicht einmal, dass ich nach Santo Domingo kommen würde. Bei der Erinnerung an diese unglaubliche Geschichte, muss ich wieder lachen.

Rückblick: Um die Mittagszeit rufe ich von Quito aus bei dem deutschen Bischof Emil Stehle an, um einen Gesprächstermin auszumachen. Stehle leitet seit 1988 die neugegründete Diözese Santo Domingo de los Colorados. Von der Sekretärin erfahre ich, dass Monseñor um 17 Uhr eine Auszeichnung „für besondere Verdienste“ von Interimspräsident Fernando Alarcon im Präsidentenpalast in Quito bekommen soll. Also nichts wie hin.

Unter dem Arkadengang des Palastes im kolonialen Stadtzentrum von Quito, skeptisch beäugt von den Wächtern, fange ich Monseñor 15 Minuten vor dem Festakt ab. Ich erzähle ihm von meinem Interesse an den Colorado-Indianern - und darf an dem Empfang mit Präsident Alarcon teilnehmen. Als wir im pompösen gelben Saal des Präsidentenpalastes auf den Hausherrn warten, zusammen mit rund 50 weiteren illustren Persönlichkeiten der ecuadorianischen Gesellschaft, stellt Stehle meine Spontaneität auf die Probe: „Warum fahren Sie nicht gleich heute abend mit uns nach Santo Domingo?“, ich schlucke kurz ...und vier Stunden später bin ich im Gästehaus des Bischofs von Santo Domingo. So etwas ist wohl nur in Ecuador möglich.

Von den letzten Colorados

Ich bin auf der Suche nach den Colorado-Indianern - oder besser gesagt nach dem, was von ihnen übrig geblieben ist. An einem sonnigen, wie immer schwülheißen Tag breche ich in einem weißen Rover mit Pedro, dem Fahrer von Monseñor Stehle nach Bua auf. Bua ist eine von acht Colorado-Indianer Gemeinden, rund 15 Kilometer im Landesinneren. Kaum verlassen wir die Hauptstraße, endet der Asphalt. Ab jetzt gibt es nur noch Staub und Schlaglöcher. Wir fahren durch eine üppige subtropische Vegetation, Bananen- und Kakao-Plantagen so weit das Auge reicht. Die typischen Pfahlbauten der Colorado-Indianer säumen vereinzelt unseren Weg. Die Zeit scheint still zu stehen. Alte und junge Menschen sitzen verstreut am Wegesrand. Geduldig warten Sie in der stickigen Hitze auf den ratternden, stinkenden Bus, der dreimal täglich seinen Weg in die Stadt macht. Auf den Weiden grasen alte, abgemagerte Kühe. Ein Esel steht am Wegesrand und ist nur mit einem einfachen Seil angebunden. „Die Leute hier sind sehr friedlich“, sagt Pedro und fügt hinzu, „die sind so friedliebend, dass sie sich angesichts von Eindringlingen lieber immer weiter zurückziehen, als gegen sie zu kämpfen.“

Durch den einst unberührten Urwald rollen heute Blechlawinen

Mit Eindringlingen meint Pedro die mestizischen Siedler, sogenannte Colonos, die in den 60er Jahren das fruchtbare, subtropische Tal der Colorado-Indianer invadierten. Der Auslöser: Eine schwere Dürreperiode im südlichen Andenhochland hatte die Lebensgrundlage der dort lebenden Bauern vernichtet. Die Naturkatastrophe und eine verpaßte Landreform löste die Regierung mit der Umsiedlung tausender Bauern in den Urwald im westlichen Tiefland. Die gezielte staatliche Ansiedlungskampagne der ecuadorianischen Regierung wurde zum Alptraum für die Ureinwohner, die ihren spanischen Namen „Colorados“ wegen der roten Haarfärbung der Männer erhielten. Sie selbst nennen sich Tsachilas - die „wahrhaftigen Leute“.

Vor 40 Jahren lebten in der Gegend von Santo Domingo einige tausend Colorados zurückgezogen im Urwald und nahezu unberührt von den Einflüssen westlicher Zivilisation. Heute sind es noch knapp tausend, auf 288.000 Hektar Land zurück- und zusammengedrängt. Dort wo einst unberührte Wildnis herrschte ist in wenigen Jahrzehnten eine Stadt mit 150.000 Einwohnern explosionsartig aus dem Boden geschossen. Zwar nennt sich der seitdem entstandene Schmelztiegel Santo Domingo de los Colorados, aber an die Indianer erinnern hier bestenfalls noch Straßen- und Hotelnamen. Im vornehmsten Hotel der Stadt, wo sich Quiteños und Gringos erholsame Tage in den farbenprächtigen und üppigen Gärten gönnen, erinnert eine grelle Leuchtschrift über dem Eingang an „Zaracay“, den berühmten Colorado-Häuptling. Am Stadteingang, inmitten des Kreisverkehrs blickt die eiserne Statue eines Colorado-Indianers mit starrem Blick auf die Blechlawinen herab - sein rotgefärbtes Haupt, der mit schwarzen Streifen bemalte Körper und die kriege-

rische Lanze in seiner Hand sind von der hohen Luftfeuchtigkeit längst ange-
nagt.

Das Stadtbild prägen vor allem Mestizen, die aus Santo Domingo einen wichtigen Umschlagplatz für Erzeugnisse der Plantagenwirtschaft gemacht haben. Den friedfertigen, beinahe scheuen Indianern haben die mestizischen Siedler das Land entweder abgenommen oder zu Niedrigpreisen abgeschwätzt. Um weitere Ungerechtigkeiten zu vermeiden, hat vor allem die katholische Kirche unter Bischof Stehle darauf gedrängt, die 1959 begonnene Legalisierung des Landbesitzes Anfang der 90er Jahre zu vollenden. „Monseñor hat darauf bestanden, dass diese Besitztitel zum Schutze der Indianer unverkäuflich sind“, erklärt mir Pedro auf unserer Fahrt ins Landesinnere. Aus eigener Erfahrung weiß er, dass die Colorados manchmal aus reiner Gutmütigkeit ihr Land verkaufen würden, aus Mitleid mit dem landlosen Siedler.

Die Brücke von Ehrenhäuptling Juan Rau

Bei Kilometer 17 biegen wir in einen holprigen Steinweg ein. Die letzten Schritte müssen wir zu Fuß gehen. Vor uns türmt sich eine beachtliche Bau-
stelle auf. „Das ist unsere neue Brücke“, ertönt es in gebrochenem Spanisch in meinem Rücken. Neugierig, aber noch ein bisschen schüchtern nähert sich uns ein Colorado-Paar und zeigt stolz auf die 9 Meter hohen Pfeiler, die aus dem Flussbett ragen. Auf meine Frage, wer denn dieses Projekt finanziert habe, weiß Domitilian Aguavil zunächst keine rechte Antwort. Schließlich erklärt er umständlich, „amigos de Monseñor de Alemania“ seien für den Bau verantwortlich. Daß einer dieser amigos Johannes Rau heißt und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen ist (heute war), weiß hier natürlich keiner, aber die Dankbarkeit und Freude für den Bau dieser weit und breit einzigen Brücke über den Rio Soberano sind groß. Klar, dass die Stammesführer „Juan“ zum Ehrenhäuptling machten.

„Drüben gibt es viel zu ernten“, sagt Domitilian und zeigt auf weite Bananen- und Kaffeeplantagen jenseits des Flusses, der in der neunmonatigen Regenzeit zu einem reißenden, nicht zu überquerenden Strom wird. „Für unsere Gemeinde bedeutet diese Brücke einen großen Fortschritt.“ Seine Frau murmelt wie zur Bestätigung, begleitet von ihrem zahnlosen, aber so sympathischen Grinsen, „es bueno, es muy bueno“. Bald können die Agrarprodukte von bisher praktisch ungenutzten Plantagen über den Fluss gebracht und im Stadtzentrum verkauft werden.

Von Aguavils und einem unbeschwerten Leben

Und wovon lebt diese Familie Aguavil - denn Aguavils gibt es hier viele - bisher? „Hier haben wir Bananen, Kaffee und Mais“ sagt Carmelina und zeigt auf vor uns liegende, üppig bewachsene Felder. „Gehört das Land denn ihnen?“, frage ich mit ungläubigem Erstaunen - und ernte für meine Frage

erneut das gurrende, beinahe kindliche Lachen, das die ungefähr 60jährige Carmelina so liebenswert macht. „Das Land gehört uns“, bestätigen beide nachdrücklich. Zwar gebe es nicht viel Geld für die Produkte, sagen sie mit ein wenig Wehmut in der Stimme, aber „glücklich“ seien sie hier schon. Der Familie gehören 5 Hektar Land. Für eine Staude grüner Bananen bekommen sie 5000 Sucres, rund 1 Dollar. In der Stadt wird „platano verde“ für 9000 Sucres verkauft. Der Monatsverdienst der Familie beträgt zwischen 300.000 bis 500.000 Sucres, 60 bis 100 Dollar.

Carmelina und Domitilian haben zwei Söhne und 3 Töchter, da sind sie sich ganz sicher. Wie lange sie schon verheiratet sind - „kirchlich“, betonen sie - darüber gehen ihre Meinungen stark auseinander. „30 Jahre“, wagt sie eine erste Schätzung. Domitilian korrigiert sie kopfschüttelnd und meint „40 Jahre“. Doch Carmelina überlegt weiter, „vielleicht sind es auch schon 50 Jahre“ und stimmt schließlich heiter in mein Gelächter ein. Als ich sie bitte, mir ihren Namen aufzuschreiben, merke ich peinlich berührt, dass beide Analphabeten sind. „Aber unsere Kinder können alle lesen und schreiben“. Im Gegensatz zu seinen Eltern findet Sergio, der 25jährige Sohn von Carmelina und Domitilian, schon, dass es den Colorados in Bua „an ziemlich viel fehlt“. Was genau, kann er nicht so richtig sagen, aber eben „all das, was es in der Stadt gibt“.

Sergio ist auf den ersten Blick nicht mehr als Colorado zu erkennen - westlicher Haarschnitt und westliche Kleidung. Vater Domitilian trägt zwar noch den traditionellen Kurzhaarschnitt, aber gefärbt wird nur noch zu besonderen Festen. Während ihr Mann eine alte blaue Arbeiterhose, Gummistiefel und ein zerissenes Polohemd trägt, befindet sich Carmelina noch im Übergangsstadium zwischen Tradition und Moderne. Den traditionellen Tuchrock in Regenbogenfarben hat sie mit einer buntgemusterten Synthetikbluse aus den 60er Jahren kombiniert. Die schwarzen Haare fallen lang und ungekämmt herunter.

„Estamos ya cambiando - hier ändert sich alles“, sagt mir traurig ein älterer Colorado, der sich mittlerweile in der Nähe der Baustelle niedergelassen hat. Nachdenklich blickt er auf seine Finger, an denen noch die Spuren der Haarfärbung mit dem knalligen Achiotesamen zu erkennen sind. „Selbst von den Älteren färbt sich kaum noch einer die Haare. Die Tradition gefällt ihnen nicht mehr, weil es ihnen lästig ist und die Kleidung verschmutzt“, klagt der 70jährige Jorge Cristobal resigniert. Sein Nachname ist Aguavil. Nur in der Nachbargemeinde Chihuilpe gibt es noch einige Colorados in traditioneller Aufmachung. Sie warten auf klingende Dollar von sensationshungrigen Touristen.

„Fast alle hier sind katholisch“

Wie viele Menschen zu ihrem Stamm gehören, weiß keiner der Aguavils so genau, „aber es sind viele“ und „fast alle sind gekleidet wie Weiße“. Und - fast alle hier sind katholisch. Schon vor Jahrzehnten, als Santo Domingo noch

Urwald war, predigten Dominikanerpatres den Colorados das Evangelium. Heute bemüht sich die neugeschaffene Diözese unter Bischof Stehle um eine gezielte Indianerpastoral, doch der Priestermangel bedeutet auch hier die größte Schwierigkeit. Nur einmal im Monat kommt ein Priester nach Bua. An jedem ersten Dienstag im Monat wird Messe gefeiert.

Ich habe Glück - es ist Dienstag. „Daß es hier eine Kapelle gibt, ist nur Monseñor zu verdanken“, rühmt Pedro zum wiederholten Male die Verdienste „seines“ Bischofs. Vor dem weißgetünchten Gebäude, an dem der Putz bröckelt, trudeln immer mehr Menschen ein. Vor allem Frauen, Jugendliche und Kinder. Sie alle warten auf Padre Franco. Viele von ihnen haben einen ein- bis zweistündigen Fußmarsch hinter sich. Das ist selbstverständlich für sie. Das „Vorprogramm“ in der von Taubenmist bedeckten Kapelle, in der ein schlichtes Holzkreuz den einzigen sakralen Schmuck bildet, gestaltet eine Handvoll Jugendlicher - Mestizen, die sich „Mensajeros de la Paz“, Botschafter des Friedens nennen. Sie wollen nicht nur den Glauben bringen, sondern die Indianer auch zu ihren Wurzeln zurückführen. „Unsere Berufung ist es, die Rechte der Indianer in Ecuador zu retten“, erklärt der 20jährige José Arce, ein Kreole aus Esmeralda.

Hinter dem Altar haben sie unter der Überschrift, „Retten wir unsere Kultur als junge Indianer dieser Nation“, handgezeichnete Plakate aufgehängt. Die Plakate zeigen einen Tsachila und eine Tsachi Sona - ein Tsachi-Frau - in traditioneller Kleidung und Bemalung. „Heute ist es ihnen peinlich, so heranzulaufen“, weiß José.

Doch die jugendlichen Mestizen wollen ihren indianischen Glaubensbrüdern zeigen, dass sie stolz auf ihre Kultur sein können, ja sein müssen. „Die Verachtung durch die Weißen hat das Selbstbewusstsein der Indianer zerstört“, sagt José und fügt energisch hinzu, „ich sage ihnen immer wieder: ihr dürft euch niemals für euer Volk und eure Traditionen schämen“. Zwar seien die Colorados nicht so entwickelt und international bekannt, wie zum Beispiel die Otavalo-Quichuas, aber „ihre Traditionen, Sprache und Kleidung sind auf ihre Art und Weise etwas Besonderes“. Zwei Dinge wünschen sich die „Mensajeros de la Paz“: Daß sich die Indianer in Zukunft nie mehr minderwertig fühlen und - dass eines Tages ein Colorado-Priester aus diesem Dorf hervorgeht. Davon träumt auch Padre Franco, der mir später bekennt, dass eine wirkliche Indianerpastoral nur von Indianern selbst ausgeübt werden könne, „weil nur sie richtigen Zugang zu ihrem Volk haben“.

„Kultur hat nur, wer lesen und schreiben kann“ - ein Workshop im Urwald

Padre Franco wird mit Applaus begrüßt. Daß er eine Stunde verspätet gekommen ist, stört hier keinen. Zum Einzug wird ein Lied auf Tsafiqui gesungen. Auch die mestizischen Messbesucher, die hier in der Minderheit sind, singen so gut wie möglich mit. Dann beginnt die Gruppenarbeit: Padre Franco möchte, dass sich die Gläubigen Gedanken über die Frage machen:

„Hat jeder Mensch eine Kultur?“ 10 Minuten Diskussionszeit in Kleingruppen, dann lautet es zögernd „Nein“ von rechts, ein mehrheitliches „Ja“ ertönt von links. Eine 18jährige Mestizin verteidigt ihr Nein: „Kultur hat nur, wer lesen und schreiben kann“. Ich bin entsetzt - und erwarte heftigen Widerspruch. Unbeteiligtes Schweigen. Die Männer stehen träge in den hinteren Reihen, die Frauen sitzen mehr oder weniger desinteressiert da und stillen ihre Kinder. Schließlich einigt sich Padre Franco mit allen darauf, dass jeder Mensch eine Kultur habe. Den „Predigt-Workshop“ endet er mit einer feierlichen Zusicherung: „Unsere Verpflichtung ist es, den abgesägten Baum der Tsachila-Kultur, dessen Wurzeln noch nicht tot sind, wieder zum Blühen zu bringen.“

Ein Versprechen für die Indianer

Das Colegio Madre Laura kennt jeder in Santo Domingo. Der Taxifahrer setzt mich vor einem riesigen grauetünchten Gebäude im Stadtzentrum ab. Das Internat trägt den Namen der kolumbianischen Ordensfrau, Madre Laura de Santa Catalina, die 1874 im kolumbianischen Jericó geboren wurde und 1949 im Rufe der Heiligkeit in Medellín starb. Bei ihrem Tod hinterließ sie eine Ordenskongregation, die sich in zahlreichen Ländern Südamerikas der Indianermission widmet. „Ich habe ein Versprechen gefaßt: alle Opfer und Hindernisse zu überwinden, um das Werk zugunsten der Indianer zu realisieren“, soll Mutter Laura kurz nach ihrer Berufung gesagt haben.

Seit 1988 unter dem sozialdemokratischen Präsidenten Rodrigo Borja in Ecuador die zweisprachige Erziehung landesweit eingeführt wurde, haben auch die Laura-Schwestern in Santo Domingo neben der Grundschule für mestizische Mädchen ein weiterführendes Colegio für junge Indianer eingerichtet. Dort wird neben Spanisch auch Tsafiqui, die Sprache der Tsachilas, unterrichtet. Tsafiqui bedeutet „das wahre Wort“. „Zunächst gab es Widerstand von den Tsáchilas. Sie wollten ihre Kinder nicht hier ins Internat schicken, weil sie den schlechten Einfluss der Stadt auf ihre Gemeinden fürchteten“, erzählt Rosa Guadir, die Direktorin des Colegio. Die Priorität des Lehrauftrags der Schwestern stellt sie deutlich heraus: „Uns ist es wichtig, dass sie in erster Linie das Wort Gottes kennenlernen, aber über ihre eigene Kultur. Nicht zuletzt dafür ist es wichtig, dass einheimische Lehrer ausgebildet werden, denn wir werden immer Fremde für sie sein.“

Zur Zeit besuchen 18 Tsachilas aus den Dörfern um Santo Domingo und 7 Chachis aus der weiter entfernten Gegend Esmeralda das Colegio. Wie das Verhältnis untereinander sei, frage ich den 25jährigen Juan José, der in der Schulleitung mitarbeitet. Seine Antwort überrascht. „Wir reden fast nicht miteinander“, stellt der junge Tsachila achselzuckend fest. Stammesübergreifende Solidarität kennt man hier nicht. Während die Tsachilas jedes Wochenende zu ihren Eltern in die nahegelegenen Dörfer fahren und dort reichlich mit Essensvorräten versorgt werden, wissen die Chachis an manchen Tagen nicht, womit sie ihren Hunger stillen sollen. „Die ernähren sich tagelang nur von Bananen“,

weiß Schwester Rosa, „deshalb teilen wir auch oft unser Essen mit ihnen.“ Das Volk der Chachi-Indianer zählt ungefähr 11.000 Personen. Ihre Zahl ist seit Jahren konstant geblieben. „Die Chachis sind stärker und disziplinierter als die Tsáchilas“, hat die Direktorin nach Jahren beobachtet. Unter den Colorados dagegen gebe es immer häufiger Mischehen mit Mestizen oder Weißen und das, obwohl die Stammesgesetze dies streng verbieten. „Von den 1000 Colorados wird bald nicht mehr viel übrig bleiben“, sagt Rosa resigniert. Noch mehr aber betrübt sie, dass die jungen Colorados so gar keine begeisterten Schüler sind. „Die ziehen ihre Freiheit vor, als einmal Lehrer zu werden.“ Wie oft hat sie als „Argument“ hören müssen: „Warum soll ich täglich für einen Hungerlohn als Lehrer arbeiten, wenn der Ertrag einer Tages-Ernte für eine ganze Woche reicht?“

„Aber“, schickt sie gleich hinterher, „die Colorados sind sehr gute Arbeitgeber. Ihren oftmals mestizischen Arbeitern zahlen sie einen gerechten Lohn nach der Devise, wer gut arbeitet, bekommt auch mehr.“ Die Colorados charakterisiert Schwester Rosa als schüchtern, sehr großzügig, aber im großen und ganzen eher passiv, vor allem was die politische Organisation nach außen angeht. „Die Tsáchilas waren eben nie unterworfen, wie die Quichuas, die durch ihre jahrhundertelange Unterwerfung heute so rebellisch sind“, lautet ihre Erklärung. Und natürlich hat sich mit dem Eindringen der Siedler in Stamesland auch die traditionelle Organisations-struktur der Tsachilas verändert. Die frühere geographische Einheit der acht Gemeinden ist jetzt durch Siedlerland unterbrochen. Zwar regeln die internen Statuten auch heute noch das soziale Verhalten der Colorados und die Gemeinden treffen sich regelmäßig zur Vollversammlung - an der nur die männlichen Familienoberhäupter teilnehmen dürfen - um den Cabildo, die Stammesregierung zu wählen. „Trotzdem“, so meint Schwester Rosa, „müssen die Tsachilas auch lernen, sich nach außen hin zu organisieren.“

Da meldet sich Juan plötzlich wieder zu Wort. „Dann könnten wir auch nachdrücklicher die Unterstützung des Bürgermeisters für unsere Dörfer fordern“, sagt er energisch. „Von denen bekommen wir überhaupt keine Hilfe für die Entwicklung unserer Gemeinden.“ Vielleicht kümmert sich ja auch deshalb der deutsche Bischof um den Brückenbau in Bua. Und vielleicht nennt man auch deshalb Bischof Stehle den heimlichen Bürgermeister von Santo Domingo.

II. Die 90er - Ecuadors Indianervölker auf dem Vormarsch

In Quito zeigt sich die indianische Realität in radikalen Gegensätzen: zerlumpte Gestalten, die an den Autoscheiben die Reichen um ein paar Suces anbetteln, auf der einen - etablierte politische Indianerführer, die von ihren Kongressbüros oder von den Vertretungen der zahlreichen Indianerorganisationen aus, die Geschicke ihrer Völker mitbestimmen wollen, auf der anderen Seite.

„Die Indianer sind die schlimmsten Bürokraten von allen,“ sagt Pater Juan Bottasso, Rektor der Salesianer-Universität in Quito. Der italienische Salesianerpater blickt auf eine jahrzehntelange Zusammenarbeit mit den Indianern zurück - die Erfahrung hat ihn kritisch gemacht. In der südöstlichen Amazonasprovinz haben die Salesianer nicht nur missioniert, sondern bereits in den 60er Jahren den dortigen Shuar- und Achuar-Indianern geholfen, sich in einem Bündnis zusammenzuschließen. Auch die landesweite zweisprachige Erziehung wäre ohne die Hilfe der Salesianer nicht umzusetzen gewesen. „Das mit dem politischen Engagement ist so eine Sache,“ sagt er zögernd, „ich glaube, die meisten Indianerführer sind noch nicht ausreichend darauf vorbereitet.“ Sie würden von den Parteien manipuliert und ausgenutzt, glaubt Padre Juan.

Kein Wunder, mag man denken. Schließlich hat die politische Organisation der Indianer in diesem Jahrzehnt eine rasante Entwicklung genommen, die auf dem Kontinent wohl einzigartig ist. Das Erwachen aus der politischen Ohnmacht hin zur Übernahme politischer Verantwortung trifft viele Indios unvorbereitet. Während Anfang der 80er Jahre Forderungen nach sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit auch von linken Parteien noch aus einer Landarbeiter-Perspektive heraus gestellt werden, dominiert erst Ende der 80er Jahre die indigenistische Betrachtungsweise. Überall entstehen lokale und regionale Bündnisse der 11 Indianervölker Ecuadors. 1988 kommt es allen ethnischen Unterschieden zum Trotz zur Gründung der CONAIE, der nationalen Vertretung aller Indianervölker Ecuadors. Diese demonstriert nur zwei Jahre später ihre Macht, als sie einen landesweiten Indianeraufstand ausruft. Zehntausende Indianer marschieren auf die Hauptstadt Quito zu, blockieren Straßen, nehmen Ländereien und Hacienden gewaltsam in Besitz. „Bevölkerung und Politiker waren geschockt“, erinnert sich Padre Juan. „In gewisser Hinsicht haben die Mestizen auch Angst vor der Macht der Indianer.“ Andererseits hätten die Indianer das Mittel des Streiks mißbraucht. „Sie laufen Gefahr, dass die Bevölkerung verärgert reagiert“, warnt Padre Juan, dabei müsse es doch vor allem darum gehen, die öffentliche Meinung für die Sache der Indianer einzunehmen.

Zwischen Erfolg und Kritik

Seit 1995 sind die einst Unterdrückten auch aus dem politischen Alltagsgeschäft nicht mehr wegzudenken. Die indianische Bewegung ging ein Bündnis mit verschiedenen sozialen Gruppierungen der sozialistischen Linken ein, kurz Pachakutik genannt. Heute sind vier von acht Pachakutik-Abgeordneten im Kongress Indianer. Fast 50 lokale Autoritäten landesweit sind indianischer Abstammung. Daß die Indianer nach ihren eigenen Regeln auf der politischen Bühne agieren, zeigte sich im August diesen Jahres, als mit Nina Pacari eine Quichua-Indianerin aus Riobamba zur 2. Vizepräsidentin im Kongress gewählt wurde. Die Empörung der mestizischen Kollegen aus den eigenen Reihen war groß. Die Indianer hätten sich politisch verkauft, laute-

ten die Vorwürfe der Pachakutik-Kollegen. Tatsache: die Wahl war nur Dank der Unterstützung der konservativen Mehrheit zustande gekommen. Ein Deal auf Gegenseitigkeit.

„Die CONAIE marginalisiert sich innerhalb unseres Parteienbündnisses,“ kritisiert Napoleon Saltos scharf. Bis zum Sommer war er Kongress-Abgeordneter. Jetzt will er im Parteivorstand für klare ideologische Leitlinien sorgen. „Die Indianer arbeiten nicht mehr im Interesse des Ganzen, im Interesse unseres sozialistischen Bündnisses“, sagt er mit einem Anflug von Grimm in seiner Stimme. „Wir erscheinen mittlerweile fast wie ein Teil der offiziellen Regierung“, fährt er kopfschüttelnd fort. Durch solche Händel verliere Pachakutik nicht nur seine Identität, sondern auch die notwendige Autonomie, oppositionelle Projekte anzugehen. Angesichts der ideologischen Aufweichung beschwört Saltos gar die „Gefahr eines indigenistischen Rassismus“ - was die selbstbewusste Nina Pacari gar nicht gerne hört.

Die Doctora, „die jeder kennt“

Im Büro 309 auf der 3. Etage im Nationalkongress herrscht um 18 Uhr noch reger Andrang. Drei Quichua-Indios sitzen im Vorzimmer. Ihre dunklen Ponchos und Filzhüte lassen auf die südliche Andenprovinz Chimborazo schließen. Die mehrstündige Anreise nach Quito haben sie in Kauf genommen, um mit „ihrer“ Abgeordneten über Möglichkeiten für Universitätsstipenden zu sprechen. Zur „Doctora“ könne man mit jedem Anliegen kommen, sagen sie mir stolz. Ich nicke zustimmend - auch mir hat die vielbeschäftigte Nina Pacari kurzfristig einen Interviewtermin gegeben.

Die promovierte, ledige Juristin empfängt mich in einem modern ausgestatteten Büro. Hinter ihrem Rücken eine expressionistische Malerei mit indianischen Motiven. Nina Pacari kleidet sich traditionell, mit einem Dutzend Ketten aus goldfarbenen Glasperlen um den Hals. Durch eine große, dicke Brille blickt die 36jährige Frau aufmerksam, mal kritisch und manchmal geradezu streng auf ihren Gesprächspartner. Sie gilt als selbstbewusst, als eigenwillig unter den männlichen Parteikollegen - vor allem den Mestizen. In Ecuador gibt es wohl kein Dorf, wo man Nina Pacari nicht kennt. Auf die Fragen ihres Interviewers antwortet sie ohne Zögern, selbstsicher und oft emotional.

Wie beurteilen Sie die politische Entwicklung der Indianervölker in den letzten zehn Jahren?

„Ich würde von einem strukturellen, organischen, technischen und intellektuellen Fortschritt sprechen. Wir haben es geschafft, uns von der Familie und der Gemeinde aus in einem umfassenderen Rahmen zu organisieren. Wir sind auf allen Ebenen, kantonale, regional und auch national vertreten, d.h. der strukturelle Fortschritt der letzten zehn Jahre hat eine Stärkung indianischer Politik mit sich gebracht. Im qualitativen Bereich hat es auch eine Entwicklung gegeben. Früher haben wir eine fordernde Politik betrieben, bei der die Forderung nach Land, das für uns überlebensnotwendig ist, im Vordergrund

stand. Jetzt kämpfen wir nicht mehr nur um Land, um soziale und wirtschaftliche Entwicklung für uns, sondern suchen nach Projekten, die dem ganzen Land dienen. Ziel der Begegnung zwischen Indianervölkern und Gesellschaft muss der gegenseitige Respekt vor Verschiedenheit sein, aber auch die Suche nach gemeinsamen, verbindenden Punkten. Mit Protestmärschen haben wir bewiesen, dass wir eine numerische Kraft sind. Aber wir haben auch versucht, dieses Mittel nicht auszunutzen. Während der Verhandlungen um die neue Verfassung haben wir uns als ernstzunehmende Gesprächspartner erwiesen und den Verhandlungstisch Demonstrationen vorgezogen.

In ihrer Präsenz nach außen vermitteln die politischen Organisationen der Indianervölker oft ein negatives Bild, geprägt von Streit und Uneinigkeit.

„Ein Problem ist sicher, dass wir nicht von einem Indianervolk, sondern von vielen verschiedenen ausgehen müssen. Das wichtigste ist aber, dass wir trotz kontroverser Diskussionen zu Übereinstimmungen kommen. Unsere Beschlüsse werden von der Basis selbst entschieden und mitgetragen, was natürlich mühselig ist, aber mitunter auch ein Beitrag zum Konzept der Demokratie ist. Wir wollen auch gar nicht einen Repräsentanten für uns Indianer, denn schließlich sind wir elf Nationalitäten. Wir Quichuas z.B. haben 19 Stämme mit unterschiedlichen Sprach- und Lebensgewohnheiten. Angesichts dieser Vielfalt fordern wir eben die Anerkennung der Plurinationalität. Was genau verstehen Sie unter dem Konzept der Plurinationalität?

„In der neuen Verfassung vom Juni 1998 haben wir es geschafft, dass der Staat im Artikel 83 unsere Auto-Definition als Nationalitäten anerkennt und wir als solche einen konstitutiven Teil der Verfassung bilden. Leider haben wir nicht durchsetzen können, dass der plurinationale Charakter Ecuadors im Artikel 1 festgelegt wurde, aber dafür werden wir weiter kämpfen.“

Sie haben also eine Quichua-Nationalität und nicht die ecuadorianische? „Nein, ich sehe mich ebenso als Ecuadorianerin wie als Quichua. Hier versteckt sich die Intoleranz gegenüber der Vielfalt. Denn die Tatsache, dass ich Ecuadorianerin bin, nimmt mir doch nicht das Recht auch Quichua zu sein. Was konkret bedeutet: das wir anerkannt sind in unserer Andersartigkeit, dass wir kollektive und individuelle Rechte einfordern können. Der Staat soll uns nicht nur als Individuen sehen, sondern auch, dass wir Teil eines Volkes, einer Nationalität sind. Wir haben unsere eigenen Formen der Kultur, der Rechtsprechung, der Sprache, der Medizin - das muss anerkannt werden und gefördert werden, auch im Dienste der gesamten ecuadorianischen Gesellschaft. Einige kollektive Rechte, wie z.B. Landrecht und Recht auf zweisprachige Erziehung konnten wir ja bereits durchsetzen.

Für Unbehagen in mestizischen Kreisen sorgen auch Ihre Forderungen nach politischer Autonomie in bestimmten Bereichen.

„Wir haben klar gesagt, es gibt nur einen Staat. Aber innerhalb dieses Staates kann es doch Autonomie geben, z.B. bezüglich gewisser Zuständigkeiten. Warum können wir uns als Völker nicht nach unseren eigenen Traditionen, nach unserer Kosmvision entwickeln? Klar ist, dass es hier nicht um ein Unabhängigkeitsstreben geht, denn in Ecuador ist dieser Weg nicht gangbar. Es gibt eben keinen geographischen Raum, wo ausschließlich Indianer

leben. Nur in der Amazonia wäre das vielleicht möglich. Aber dort, wo wir in der Mehrheit sind, sollte sich das indianische Element auch auf der lokalen Verwaltungsebene widerspiegeln.

Während in den 80er Jahren das Konzept der Plurinationalität für die meisten im Land eine Horrovision war, ist es heute hoffähig - heute reden wir mit allen gesellschaftlich relevanten Akteuren darüber, bis hin zu ganz rechten Unternehmerkreisen. Das werden wir auch weiter tun.“

Sind sie offen für Allianzen mit einer Mitte-Rechts-Koalition?

„Ich glaube man darf das nicht um den Preis eigener Prinzipien tun, aber wir müssen auch mit alten Tabus brechen. Früher war es undenkbar, dass sich ein Linker und ein Rechter grüßten, denn sie hätten sofort als „verkauft“ gegolten. Nach außen hin hat man sich also immer auf Distanz gehalten, aber unter dem Tisch wurden doch Abkommen getroffen. Ich glaube, damit muss man brechen. Wir wollen klare, transparente Gespräche führen auf dem Tisch und wenn nötig auch Abkommen mit Mitte-Rechts-Koalitionen treffen, wenn das dem kollektiven Interesse dient.“

Linke Funktionäre in der Pachakutik-Partei sehen das aber gar nicht gerne.

„Wer sagt das? Gut, manche haben vielleicht Angst, dass unsere politische Bewegung sich indigenisiert. Aber das ist nicht so. Was wir tun, findet im Rahmen unseres Konzeptes von Pluralität statt, und natürlich soll keiner ausgeschlossen werden. Wir haben immer ganz deutlich gesagt: Nicht der Rechten unterworfen und nicht am Schwanz der Linken zu hängen. Das ist unser Motto. 1996 haben wir aus Angst, als Verräter bezeichnet zu werden, punktuelle Allianzen mit der Rechten ausgeschlagen. Was war die Folge? Wir Indianer waren in keiner Kommission vertreten, hatten keine wichtigen Posten. Das wollen wir jetzt nicht mehr akzeptieren. Allerdings darf der Zweck nicht die Mittel heiligen. Aber wenn wir von Ideologie sprechen: unsere Ideologie lautet Pluralität, wo das ethnische Element, Klassenkampf, Ökologie und vieles mehr miteinbezogen sind. Außerdem dürfen wir nicht vergessen, dass die CONAIE unser Parteienbündniß gegründet hat, und wir Indianer sind das politische Rückrad des Movimiento Unidad Plurinacional Pachakutik Nuevo Pais.“

„Zur Casa von Don Sixto bitte“

In Ecuador nennt man ihn einfach nur Sixto. Und auch dem Taxi-Fahrer in der Millionen-Metropole Quito genügt meine kurze Anweisung: „Zum Haus von Don Sixto bitte.“ Don Sixto Durán Ballen ist von Beruf Architekt. Seit fast 50 Jahren bestimmt er die politischen Geschicke seines Landes mit. Von 1992 bis 1996 sogar als Präsident des kleinen Andenstaates. Obwohl er als äußerst konservativ bekannt ist, hat sich Sixto die Wertschätzung fast aller Kreise erworben. „Weil er so menschlich ist“, sagen die einen.

Die anderen, vor allem die Rechten, sagen, er sei der Einzige, der wirklich etwas für das Land getan habe. Auch heute sitzt der mittlerweile über 70jährige wieder als Abgeordneter im Kongress. Die Agenda des vornehmen,

weißhaarigen Herrn ist wie immer voll, und mein Interview in seiner gediegenen Wohnung muss leider unvollständig bleiben.

Aber zum Thema Indianer will Sixto auf jeden Fall etwas sagen, schließlich habe er diese in seiner Regierungszeit wesentlich in politische Entscheidungsprozesse miteinbezogen. Er nennt das „Büro für indigene Belange“, aber auch ähnliche Unterabteilungen in anderen Ministerien. „Ich habe also tatsächlich die Indianer in meine Politik integriert“, betont Sixto nachdrücklich. Dabei sei es nicht um eine Sonderbehandlung gegangen, sondern um „echte Gleichberechtigung“.

„Sind das nicht alles nur Tropfen auf den heißen Stein gewesen, angesichts der immensen Nöte und Bedürfnisse indigener Gemeinden?“, versuche ich Sixto Duran provozierend aus seiner Genügsamkeit herauszulocken und ernte dafür eine ungehaltene Reaktion. „Ihre Fragestellung ist schon falsch. Ich werde mich auch nicht darauf einlassen, eine Unterscheidung zu machen. Ich glaube es ist falsch zu sagen, die Gruppe braucht das, dieses Gremium das andere - ich habe immer nur den Ecuadorianern gedient, unabhängig ihrer rassischen Zugehörigkeit.“

Nicht Abgrenzung sondern Integration sei der richtige Weg. „Bei meinen Treffen mit politischen Indianerführern habe ich es immer gebilligt, dass sie mit all ihren Repräsentanten kamen. Egal, ob sich das auf die 11 Indianervölker oder ihre 22 Organisationen bezog.“ Was Don Sixto niemals akzeptiert hat und bis heute vehement ablehnt, ist die Theorie von der Plurinationalität. „Ich habe deutlich gesagt: Ecuador ist plurikulturell, pluriethnisch, plurireligiös, alles was sie wollen. Aber es gibt nur eine Nationalität: die ecuadorianische. Einige von ihnen haben auch heute noch die irrije Vorstellung, dass Nationalität auch Territorialität bedeutet.“

Don Sixto spricht aus Erfahrung. Bei einem Treffen mit indianischen Politikern habe er gefragt, welches Territorium denn jeder für seinen Stamm beanspruchen würde. „Einer sagte mir: ganz klar, unsere Leute leben seit Jahrzehnten im nördlichen Teil der Provinz Pichincha. Da mischt sich plötzlich ein anderer Indio ein und widerspricht ihm. Wir, die Ottavalenos aus Cayambe, leben auch im nördlichen Teil von Pichincha.“ Er habe schließlich die Diskussion abgebrochen, erklärt Sixto noch immer kopfschüttelnd und weist mich abschließend auf Jugoslawien hin.

Einige Tage nach diesem Gespräch mit dem wohl ältesten und berühmtesten Politiker Ecuadors reise ich durch eine Region Ecuadors, deren Bewohner vehement für „ihr“ Territorium, „ihre“ Autonomie, „ihre“ Nationalität kämpfen - die berühmte „Amazonía“, der Regenwald Ecuadors.

III. Wo Chicha und schwarzes Gold fließen - Sarayacu auf dem Weg ins 3. Jahrtausend

Flugplatz Shell, 11 Uhr vormittags. Der von Militärs geführte Kontrollturm gibt die Flugpiste frei. Ratternd erhebt sich die einmotorige Cessna in die Lüfte. Schemenhaft zeichnen sich unten die gräulichen Gebäude der ecua-

dorianischen Armee ab. Dort sitzen einige hundert Soldaten der Amazonas-Brigade und sorgen für Ruhe und Sicherheit in der Provinz Pastaza. Häuser und Straßen der Provinzhauptstadt Puyo mit ihren 20.000 Einwohnern ziehen als bunte Farbtupfer schnell vorbei. Und dann gibt es nur noch Grün so weit das Auge reicht. „Das gehört alles uns“, sagt Leonardo Viteri und schlägt mit seiner Hand einen weiten Bogen. „Bis zum Horizont, und dann noch einmal bis zum Horizont und noch einmal bis zum Horizont“ - die Stimme des 39jährigen überschlägt sich. Ein unendlicher grüner Teppich liegt da unten - 1,1 Millionen Hektar tropischer Regenwald. „Hier leben wir“, sagt Leonardo stolz und fügt energisch hinzu: „Wir werden mit allen Mitteln dafür kämpfen, dass das alles erhalten bleibt.“ Dann zeigt er wieder nach unten, wo das unendliche Grün von zwei breiten Flüssen mit schlammfarbenem Wasser und einer einsamen Straße unterbrochen wird. Im Westen taucht wie aus dem Nichts ein riesiges kahlgeschlagenes Feld auf. Darauf ein Dutzend Container mit grünem Blechdach. „Das ist das Lager der Compañía Arco“, erklärt Leonardo ruhig. Keine Spur von Feindschaft - oder nur die trügerische Ruhe vor dem Sturm?

Der „Fall Arco“ steht in Ecuador für den neuentbrannten Streit um Erdöl und Indianerrechte, um Umweltschutz und Entwicklung. Eigentlich schwelt die Auseinandersetzung zwischen nordamerikanischen Erdölgesellschaften, die im Auftrag der ecuadorianischen Regierung seit den 60er Jahren das schwarze Gold des Regenwaldes zu Tage fördern, seit Jahrzehnten. So erwarb sich „Texaco“ weltweit einen traurigen Ruf, als bekannt wurde, dass das nordamerikanische Unternehmen ohne Rücksicht auf Mensch und Natur, giftige Abfälle zu Hauf im Urwald hinterlassen und vermeidbare Pipeline-Unfälle in Kauf genommen hatte. Internationale Proteste mächtiger Umweltschutzorganisationen zwangen nach 20 Jahren Erdölförderung Texaco zum Rückzug aus Ecuador. An den Ölgiganten aus den USA erinnern heute „nur“ noch hunderte von Ölbecken, die Flüsse und Grundwasser verseucht haben. Da die Amazonas-Indianer auch heute noch weitgehend Subsistenzwirtschaft betreiben, sind sie weitgehend auf die Produkte des Waldes angewiesen und von einer intakten Umwelt als natürlichem Lebensraum abhängig. Die Erdölgesellschaften der ersten und zweiten Generation erkaufte den Gewinn des Erdöls mit der Zerstörung des Reichtums Regenwald. Das war in der nördlichen Oriente-Provinz Napo. Mitte der 80er Jahre wird auch in Pastaza Öl gefunden. Die nordamerikanische Kompanie Arco wird mit den Vorbereitungsarbeiten und Bohrungen beauftragt. Sie ist mit dem Firmenslogan angetreten: „Working together for a SAFE Future“.

Von Chicha und Marktwirtschaft

„Unser Überleben hängt davon ab, wie wir uns gegen die Erdölfirmen verteidigen“, sagt Leonardo, während in der Tiefe vereinzelt Hütten auftauchen. Durch ihre Mitte windet sich der Bobonanza wie eine braune Schlange. „Das ist Sarayacu“. Freude klingt in seiner Stimme mit. Leonardos Besuche in sei-

nem Heimatdorf sind selten geworden in den letzten Jahren. „Die Politik nimmt mich zu sehr in Anspruch“, hat er einmal gesagt. Sarayacu - das sind 5 Quichua-Gemeinden mit 145 Familien, die sich auf 120.000 Hektar Land verteilen.

Die Cessna setzt zum Landeanflug auf eine holprige Feldpiste an. Rechts und links stehen Holzhütten aus denen aufgeregt eine Horde Kinder herbeieilt. Die Begrüßung fällt herzlich aus. Während Leonardo von den Frauen und Männern sofort mit Fragen überhäuft wird, betrachten andere neugierig den Gast aus Deutschland. In der Nähe der Landepiste steht ein weißes Zementhäuschen. „Das ist ein Geschenk von einem Politiker, der hier Wahlkampf gemacht hat“, kommentiert Leonardo grinsend das Toilettenhäuschen. „Die haben das Ruck Zuck hierhin gebaut, ohne zu überlegen, wo die Abwässer gesammelt werden können“. Das Rohr endet zur Zeit noch im nahegelegenen Fluss, und deshalb wird die Toilette bis heute nicht genutzt. Strom und fließend Wasser gibt es hier sowieso nicht.

Kaum hat sich die Cessna mit einem gewagten Flugmanöver von Sarayacu verabschiedet, laden Raúl und Narzissa zum Begrüßungstrunk in ihre „Bar“ ein. Das ist eine 12 mal 8 Meter breite offene, ovale Hütte mit Strohdach. Als Ehrengast bekommt Leonardo zuerst die braune Tonschale mit Chicha gereicht. Chicha ist das traditionelle Getränk des Dschungels. Die stundenlange Zubereitung ist reine Frauensache. Dazu werden mehrere Kilos gekochter Yucca, eine mehrlartige Knollenfrucht des Urwalds, mit einem Mörser zerstampft und ein Teil der Masse wird im Mund zerkaut, wieder ausgespuckt und mit dem Rest des Breies und Wasser vermischt. In großen Tongefäßen gelagert, lösen dann bestimmte Enzyme im Speichel den Gärungsprozess aus. „Chicha erfrischt bei der Hitze und hat viele Nährstoffe“ erklärt Raúl und fügt, während er die Tonschale weiterreicht, hinzu: „Mit Chicha werden in allen Hütten Sarayacus die großen und kleinen Probleme besprochen“.

Die Bar von Raúl und Narzissa gibt es seit einem Jahr. Das ist Gastronomie nach marktwirtschaftlichem Prinzip in Sarayacu. „Als Kunden haben wir vor allem die Lehrer, die hier zu Mittag essen“, erklärt die fünfzigjährige Narzissa. Sie managed den „Laden“, der aus einer traditionellen offenen Kochstelle, 4 Holzbänken und zwei großen Holztischen besteht. Was der Urwald eben so hergibt. Für 5000 Sucres bekommen die drei mestizischen Lehrer, die hier ohne Familien leben, ein komplettes Mittagessen. Yucca und grüne Bananen werden in den verschiedensten Formen zubereitet, manchmal kommt das Fleisch eines Wildschweins oder eines Huhns dazu. Die Abende verbringen die Lehrer meist allein in ihrem schmuddeligen Holzhaus begleitet von einer Heerschar Kakerlaken. Ihr Gehalt ist spärlich. Vielleicht sind sie auch deshalb oft lustlos, schlecht ausgebildet und fehlen oft, munkeln die Einwohner von Sarayacu.

Gesprächsthema Nummer eins - die Compañía ARCO

Nach dem Mittagessen macht sich Leonardo auf den Weg. Von Hütte zu Hütte. Alle wollen wenigstens einmal kurz mit dem 39jährigen Mann spre-

chen, der mit 16 Jahren Sarayacu verließ, um in der Provinzhauptstadt eine weiterführende Schule zu besuchen und dann Soziologie und Linguistik an der Salesianer-Universität in Quito studierte.

Durch sein politisches Engagement für die Indianer erwarb er sich einen landesweiten Ruf als nüchterner politischer Analytiker und knallharter Unterhändler mit der Regierung. In der OPIP (Organización de los Pueblos Indígenas de Pastaza), der 1979 gegründeten regionalen Indianerorganisation, gilt er als der starke Mann im Hintergrund.

„Was passiert mit der Compañía Arco?“ wird der muskolöse Mann mit den herben Gesichtszügen und dem pechschwarzen langen Haar an diesem schwülheißen Nachmittag immer wieder gefragt. Die Compañía ist auch in der Urwaldgemeinde Sarayacu Gesprächsthema Nummer eins. „Wir wollen kein Petroleum hier“, ereifert sich ein älterer Quichua. Andere nicken zustimmend. „Das bringt nur Probleme“, meint auch der Präsident der Asociación Sarayacu, Telmo Gualinga. Er breitet einen computergezeichneten Plan auf dem Boden aus, den die Kompanie erstellt hat. Darauf ist die Provinz Pastaza in rund 25 gleichgroße Quadrate eingeteilt. Seit der Entdeckung von Erdöl im ecuadorianischen Oriente spricht man nur noch von Blöcken im tropischen Regenwald.

Rückblende auf ein historisches Treffen

Es ist Samstag, 22. August 1998, 11 Uhr vormittags. Eine Autokarawane zwängt sich über den holprigen schmalen Weg im Landesinnern von Puyo. Vor dem Sitz der CONFENIAE (Confederación de Nacionalidades Indígenas de la Amazonia Ecuatoriana), dem 1980 gegründeten Bündnis der Amazonas-Indianer, entsteht Unruhe. Man erwartet hohe Gäste. Nur 12 Tage nach dem Regierungsantritt der neuen Mitte-Links-Regierung unter Präsident Jamil Mahuad machen sich gleich drei seiner Minister auf den Weg zum ungeliebten Stiefkind Oriente. Man will über Öl sprechen. Öl bedeutet schließlich Geld, viel Geld. Geld das die neue Regierung nicht hat, das sie aber zur Einlösung ihrer Wahlversprechen dringend braucht. Also ist man notgedrungen dem Ruf der Indianer gefolgt. Vor 10 Jahren wäre das undenkbar gewesen. Heute wollen die Indianervölker Amazoniens mitbestimmen, wenn es darum geht, wie das braune Gift oder Gold sich auf den Lebensraum der Indianer auswirkt.

Die Fakten - über ein endloses Hick-Hack

ARCO erhielt 1988 zusammen mit dem ecuadorianischen Partner Agip Petroleum die Lizenz zur Erforschung und späteren Förderung des Erdöls in Block 10 der Provinz Pastaza in der ecuadorianischen Amazonasregion. Block 10 grenzt unmittelbar an die Gemeinden von Sarayacu. 1992 kündigt ARCO den Fund eines großen Erdölvorkommens in der Gegend Villano an

mit einer geschätzten Reserve von 175 bis 200 Millionen Barrell. Auch Villano ist nur 25 Kilometer von den Gemeinden Sarayacus entfernt. Das in Villano gefundene Öl gehört zwar der Ecuadorianischen Regierung aber es soll in einer 20-Jahres-Produktion von ARCO und Agip zu Tage gefördert werden. Wenn das Feld im April 1999 „on line“ angeschlossen wird, also durch eine Zulieferpipeline mit der Trans-Ecuadorianischen Pipeline vernetzt wird, rechnen die Amerikaner mit einer täglichen Förderung von 30.000 bis 40.000 Barrells. Der Preis für ein Barrell lag im August noch bei 10 Dollar!

Zu Konflikten zwischen Arco und Indianer-Organisationen kommt es im Laufe der 10jährigen Vorarbeiten zu den Bohrungen mehrmals. Bereits 1991 fordert die regionale Organisation OPIP von ARCO, dass die Umweltdaten, die während der seismographischen Studien in Block 10 erhoben wurden, von einer Forschungsgruppe der Fakultät für Umwelt-Design an der Universität von Kalifornien ausgewertet werden sollen. ARCO akzeptiert.

Im März des Jahres 1992 treffen sich Vertreter von Arco und OPIP in Berkeley am Sitz der Universität, um die Ergebnisse zu diskutieren. Mit dabei Leonardo Viteri. Aus dem Hintergrund beobachten Rainforest Action Network (RAN) und Osfam America, eine Gruppe aus Boston, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzt und internationale Unterstützung für die Indianerorganisationen Ecuadors mobilisiert, die Verhandlungen. Die Forscher der kalifornischen Universität kritisieren, dass ARCO die Umweltstudien nicht vor Beginn der seismographischen Untersuchungen durchgeführt habe und andere Nachlässigkeiten. Gleichzeitig erkennen sie aber an, dass die Gesellschaft „anscheinend einen höheren Umweltstandard für die Erforschung des Erdöls in den Bohrlöchern Villanos errichtet hat, als es früher üblich war“, heißt es in einem offiziellen Bericht.

Im April 1992 kündigt ARCO dann den großen Erdölfund in Villano an. Der Beginn von ernsthaften Auseinandersetzungen, die ein entsprechendes Licht auf die Politik der Erdölgesellschaften werfen, aber auch die Schwachstellen politischer Organisationsformen der Indianervölker entblößen. Im Juni 1993 wird die lokale Vereinigung ASODIRA (Asociación para el Desarrollo Indígena, Región Amazónica) gegründet, um die acht an das voraussichtliche Bohrfeld in Villano grenzenden Gemeinden zu repräsentieren. Man munkelt, dass hinter der Gründung die Compañía ARCO steht. Dies sei eine von den Spaltungstaktiken der Gesellschaft gegen die Indianerorganisationen, empören sich die Führer der OPIP. Und tatsächlich führt ARCO zunächst einmal Verhandlungen mit ASODIRA über einen langfristigen Entwicklungsplan für Villano. Gefordert wird die finanzielle und materielle Unterstützung für Bildung, Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung in den Gemeinden Villanos. Auf seinen eigenen unmittelbaren Vorteil bedacht, unterzeichnet ASODIRA mit ARCO ein sogenanntes Beistandsabkommen. Und dann regnet es Schulen, medizinische Versorgungsstationen und Flugzeuge geradezu vom Himmel. Für den Öl-Giganten sind das Peanuts.

Der regionalen Organisation OPIP gefällt die „Bestechungstaktik“ gar nicht. Ihr Argument: die Gegenwart der Ölgiganten habe schließlich nicht nur lokalen Einfluss, sondern betreffe die gesamte Region. Folglich gehe es

darum, Gewinne für ganz Pastaza auszuhandeln und nicht nur für die Gemeinden Villanos.

Sich in fälschlicher Sicherheit wiegend, zweifelt ARCO plötzlich die Autorität der OPIP als legitimer Repräsentant der Indianergemeinden an und verweigert weitere Verhandlungen. Das Verhältnis zwischen Indianerführern und den Gringos wird zusehends feindlicher.

Die OPIP organisiert schließlich Ende 1993 in Villano ein Treffen mit Vertretern von 133 Gemeinden, die sich zu dieser Organisation bekennen. Das ist eine überwältigende Mehrheit, denn in ganz Pastaza gibt es nur annähernd 150 Indianer-Gemeinden. Die Versammlung fordert, dass ARCO soziale und kulturelle Auswirkungen des Erdölprojektes sowie mögliche negative Einflüsse auf die Umwelt vermeiden oder aber reduzieren müsse. Vor allem wiederholen die Führer der OPIP erneut ihre strikte Absage an den von den Bewohnern Villanos geforderten Bau einer Straße nach Puyo. Denn die würde Siedlerströmen in die weitgehend unberührten Indianergebiete Tor und Tür öffnen, fürchtet man in der OPIP.

Von 1993 bis Anfang 1998 setzt ARCO seine Vorbereitungen für den Bohrbeginn 1999 fort - begleitet von immer neuen Forderungen der mittlerweile auf drei Gruppen angewachsenen Indianerorganisationen, die mit starken internen Auseinandersetzungen zu kämpfen haben. Zu den politischen Unterschieden sind religiöse Differenzen hinzugekommen, die wie eine scharfe Klinge die Indianervölker spalten. Ein landesweites Problem. Ende der 60er Jahre starteten protestantische U.S.-Missionare einen erfolgreichen missionarischen Feldzug unter den Indianervölkern Ecuadors. Konversionen erstreckten sich typischerweise auf ganze Großfamilien, manchmal sogar ganze Gemeinden. Wo Dörfer sich spalteten zwischen Protestanten und Katholiken, zog eine Gruppe weg und gründete nicht nur eine neue Gemeinde, sondern meistens auch eine eigene politische Organisation. So ist die Mehrheit der OPIP-Mitglieder katholisch, während FIPPRA (Federación Indígena de Personas de Pastaza, Región Amazónica) als protestantische Alternative zur mächtigen OPIP gegründet wurde. Die Differenzen zwischen protestantischen und katholischen Organisationen, die ein landesweites Phänomen, ja Problem sind, rühren vor allem von einer unterschiedlichen Konzeption her, wie Indianerpolitik zu gestalten sei. Die von US Amerikanern beeinflussten protestantischen Gruppierungen plädierten für Zurückhaltung in den politischen Auseinandersetzungen mit der Regierung, sagen die katholischen Gruppen.

Im März 1994 kommt es zur Bildung einer Technischen Kommission, die die Arbeit des Öl-Multis vor allem unter umwelttechnischen Aspekten beobachten soll. Sie besteht aus den Führern der drei Indianer-Organisationen sowie Vertretern von Regierung und Ölgesellschaft - doch Kommunikationsprobleme, Eifersüchteleien und Uneinigkeit führen zu keiner dauerhaften Verständigung. Im Juli 1998 schließlich kommt es zur erneuten Eskalation. ARCO habe Maßnahmen in Villano ergriffen, ohne diese mit den Indianerorganisationen zu besprechen, behaupten die Führer der OPIP später. Sie fühlen sich verraten und verkauft - und greifen zu einer drastischen Maßnahme.

Drei leitende Angestellte der Compañía Arco werden acht Tage lang unfreiwillig in Villano festgehalten. „Indianer halten Arco-Angestellte als Geiseln“ titeln die Zeitungen landesweit in Ecuador. Plötzlich steht der „Fall Arco“ wieder auf der nationalen Tagesordnung. Der Mann im Hintergrund: Leonardo Viteri.

Nicht mehr als Goodwill-Bekundungen

„Wir leben seit tausenden von Jahren in den Wäldern von Pastaza. Der Wald bedeutet für uns, unser Haus, unsere Apotheke, unsere Heimat. Wir wollen nicht, dass das alles zerstört wird“, erklärt ein Verteter der Achuar-Indianer zur Begrüßung der Ministerkonferenz in Union Base. Zwar sind die Achuars in Pastaza in der Minderheit, aber trotzdem haben auch sie ihre eigene Organisation. „Bisher haben wir niemals eine Verbesserung durch das Erdöl für die Indianervölker gesehen. Den Menschen in der Küste und in der Sierra dagegen geht es dank unseres Petroleums seit Jahrzehnten besser,“ fährt er begleitet vom zustimmenden Kopfnicken der rund 20 Indianerführer fort. Zehn von ihnen ergreifen nacheinander das Wort, denn jeder will schließlich etwas im Namen seiner Organisation oder seines Volkes sagen.

Angel Zamarenda, der Pachakutik-Abgeordnete für Pastaza spricht von einem „historischen Moment des Kampfes“ und bekundet, dass man an den guten Willen der neuen Regierung glaube. Ein zentrales Problem im aktuellen Konflikt mit ARCO sieht Zamarenda darin, dass Gesetze und Verträge nicht eingehalten worden seien, „weil die Führungskräfte weder Ethik noch Moral besitzen“. Auch Rafael Sancho, ein zu dramatischen Diskursen neigender DP-Abgeordneter der neuen Regierungspartei und „obwohl“ Mestize, Vorsitzender der Kommission für Amazonas-Angelegenheiten im Kongress, will es sich nicht nehmen lassen ein pathetisches Plädoyer für Verständigung zu halten. „Lassen wir die Beschwerde- und Klagereden hinter uns und kümmern uns darum, dass die rücksichtslose Ausbeutung im Amazonasgebiet endlich ein Ende findet“. Der große Reichtum liege nicht nur im Petroleum, sondern in der unvorstellbaren Biodiversität und in der großen Einheit der indianischen Völker mit den Mestizen, findet Sancho. „Eine neue Ära ist angebrochen in der Amazonía, die Ära der Verteidigung unserer Rechte - wir werden vor keiner Bedrohung in die Knie gehen. Es geht um einen Kampf zwischen Leben und Tod, und wir kämpfen für das Leben.“

Schließlich ergreift Leonardo Viteri das Wort. Nach anderthalb Stunden stolzer Stellungnahmen kommt man nun zum Kern. „Es hat uns große Anstrengungen gekostet, die Harmonie und Ruhe in Pastaza zu bewahren und die Korruption fernzuhalten“, sagt er einleitend. „Deshalb sind wir über die Ereignisse der letzten Jahre sehr besorgt.“ Leonardo betont, aus Sicht der Indianer habe man immer den Dialog gesucht, der sei aber nicht mit Redlichkeit beantwortet worden. Dann kommt er zu den Forderungen: Rückzug der staatlichen Sicherheitskräfte aus Villano, Gründung eine Interinstitutionellen Kommission aus Regierungsvertretern und Indianerführern zur Fortsetzung

des Dialogs und Verbesserung der Infrastruktur. Flughäfen in Indianerdörfern sollen ausgebaut und vermehrt, Dörfer mit Radios und Solarsystemen ausgestattet und der Transport auf dem Wasserweg erweitert und verbessert werden. Der Bau von drei kleinen Schiffswerften in zentralen Flussbecken soll das fördern. Hinzu kommt die Forderung nach einem alternativen Telefonsystem für Indianische Organisationen, Vereinigungen und Gemeinden im Amazonasgebiet. Eine alternative, ökologisch verträgliche Form des Landtransportes soll unter indianischer Aufsicht entwickelt und mit Geldern aus der Petro-Industrie finanziert werden.

An das Umweltministerium gerichtet, fordern die Indianer die verfassungsmäßige Anerkennung der Indianischen Territorien von Pastaza als Kultur- und Biovielfalt-Erbe, das mit der Einrichtung entsprechender Schutzzonen einhergehen soll. Als die Reihe am Energieminister ist, muss der mächtig schlucken. Es geht um die finanzielle Beteiligung der Indianervölker an den Gewinnen der Petro-Industrie. Zwei Dollar pro Barrell des aus Block 10 geförderten Erdöls sollen in einen Fond zur Entwicklung der Provinz Pastaza eingezahlt werden, zusätzlich will man einen Fond nur für die Entwicklung der Gemeinden in Block 10. Was der Energieminister zunächst nicht offen zugeben will, sagt sein Staatssekretär anschließend im Gespräch mit Journalisten ganz offen: „Zwei Dollar pro Barrell sind ausgeschlossen. Das würde die Erdölförderung völlig unrentabel machen.“

Dann ergreift die zierliche Regierungssprecherin Ana Lucía Armijas, die von allen nur Señorita Ana Lucía genannt wird, das Wort. Sie schlägt die Gründung eines Diskussionsforum vor, mit dem Ziel, dort die mit der Erdölförderung verbundenen Probleme zu analysieren. „Wir brauchen unbedingt einen langfristigen Entwicklungsplan für Amazonien, der mindestens die nächsten zehn Jahre berücksichtigt.“ Ein Regierungsvertreter sowie zwei hohe Gesandte des Umwelt- und Energieministeriums würden von Staatsseite dazu entsandt. „Wir sind eine Regierung mit einer anderen Einstellung“, verspricht sie mit einer derartigen Überzeugung, dass man es ihr gerne glauben möchte. Das bedeutet, man ist offen für den Dialog. Der gute Wille ist bekundet. „Es ist wahr“, sagt sie, „wir müssen auf die sozialen Forderungen vor allem im Amazonasbecken eingehen, denn diese Gegend ist oft übergangen worden“. Doch dann wird Señorita Ana-Lucía ernst: „Ich möchte heute gerne mit einem Versprechen von ihnen weggehen.“ Eine Geiselnahme dürfe es nicht mehr geben, überhaupt gewalttätige Handlungen. Dann werde auch der Staat seine Sicherheitskräfte aus Villano abziehen.

Der Energieminister findet ebenfalls, dass es sicher Wege gebe, in punktuellen Konzepten Übereinstimmung zu finden. Aber über eines läßt er keinen Zweifel: ohne Erdölförderung keine wirtschaftlichen Mittel und ohne das, keine soziale Entwicklung. Doch auch er bekundet guten Willen: „Wir müssen die Dinge in Harmonie miteinander bringen: die Notwendigkeit, Erdöl zu fördern, die Umwelt zu schützen und die Nöte der Indianergemeinden ernst nehmen“. Auch die Umweltministerin Yolanda ? hat Pläne für das Amazonien des 21. Jahrhunderts. Die neue Kommission müsse einen Entwicklungsplan für die nächsten 10 Jahre erstellen, „mit Visionen für weitere 20 bis 50

Jahre“. Sie verspricht die Wiederherstellung geschädigter Gegenden, die Entgiftung der Flüsse. Auch die Bildung von weiteren Schutzazonen, Naturreservaten, wo Erdölförderung verboten ist, stehen auf ihrem Programm. Auch der Präsident von Petro-Ecuador, der staatlichen Fördergesellschaft, beteuert, „wir wollen eine Firma sein, die Freund des Umweltschutzes ist“. Er versichert, dass es künftig strikt verboten sein solle, Öl auf die Straße zu kippen, um die Staubbildung zu verhindern. A pro po Straße. Die Minister waren so betroffen von dem schlechten Zustand der Straße nach Union Base, dass Señorita Ana-Lucía nicht umhin kann ein letztes Versprechen zu geben: „Ich werde mit dem Bauminister sprechen, damit der Weg zwischen Shell und Unión Base künftig keine Schlaglöcher mehr hat.“ Und damit geht man schließlich hungrig zum traditionellen Mittagessen mit Yucca und Fisch über. Am Ende des historischen Treffens in der Quichua-Gemeinde Union Base geben sich Indianerführer und Regierungsvertreter heiter und freundschaftlich. Gegenüber den Medien zeigt man sich zuversichtlich. Ob die vielen „good will“-Bekundungen zu konkreten Projekten umgesetzt werden, wird sich wohl erst in Monaten, wenn nicht Jahren zeigen.

Eine Antwort hinter Gittern - was ARCO zu den Vorwürfen sagt

Der Taxi-Fahrer beobachtet mich durch den Rückspiegel. Natürlich kennt er das Büro der Compañía Arco in Puyo. „Da steht ein Wachhäuschen davor“, sagt er und guckt noch immer neugierig fragend. Was halten sie von der ganzen Erdölsache, frage ich ihn schließlich. Er antwortet spontan und überzeugt: „Das bringt nur Nachteile. Die Indianer haben mit ihren Protesten völlig Recht.“ Schließlich komme von dem erwirtschafteten Geld kein Pfennig zurück in die Provinz. Vor einem zweistöckigen, schwervergitterten Bungalow stoppt das Taxi. Der Wachmann will meinen Paß sehen. Dann muss ich erstmal draußen vor dem Gittertor warten. Der Mann im dunkelgrauen Kampfanzug, mit Maschinengewehr über der Schulter kommt ohne Neuigkeiten zurück. Ich soll ein bisschen warten - natürlich vor dem Tor. Er entschuldigt sich mit einem Lächeln. Seit die Konflikte sich zugespitzt hätten, habe man die Sicherheitsmaßnahmen verschärft.

Nach zwanzig Minuten werde ich schließlich hineingebeten. Vor mir, an einem langen ovalen Besprechungstisch, sitzt ein außerordentlich freundlicher, junger, dynamischer Mann - Carlos Villaroel. Der 45jährige Ökonom ist seit einem Jahr Geschäftsführer der ARCO in Ecuador. Das er da gleich persönlich eine Geiselnahme erleben würde, hat er sich so wohl kaum vorgestellt. Villaroel versucht „die Sache mit der Geiselnahme“ nicht persönlich zu nehmen, sondern betrachtet sie vielmehr „als soziologisches Phänomen“. „Es fehlen einfach demokratische Wege zur Konfliktlösung. Wie schon Eduardo Galeano sagte: Es gibt kein Volk, dass in Stille an Hunger stirbt“, erklärt er gelassen und voller Verständnis. Irgendwie habe man wohl keinen Ausweg mehr gesehen, sah keine Hilfe von Seiten des Staates, noch von Seiten der eigenen Führer. „Das hat wohl viele zur Verzweiflung gebracht. Ich habe ja

gesehen, wie das anfing - mit Frauen und Kindern, die immer wieder Carretera-Straße riefen.“ Nachher hätten sich die politischen Führer da mit rein gemischt. Auf jeden Fall sei es eine lehrreiche Erfahrung gewesen. Klingt da echtes Verständnis mit, für die Ängste und Nöte der Indianer angesichts der Bedrohung durch das schwarze Gold - oder nur eine neue PR-Taktik? Das Interview offenbart von Beidem etwas.

Wie kam es aus Sicht von ARCO zu den gewalttätigen Ereignissen in Villano?

„Villano war plötzlich aktuell, aber das Problem an sich liegt nicht in Villano. Das konkrete Problem liegt in den Indianer-Gemeinden selbst, wo es wie in vielen armen Ländern keine Präsenz des Staates gibt, wo aber die Bedürfnisse sehr groß sind. Das heißt, es ging erstmal allgemein um den Wunsch nach Sicherheit, nach Entwicklung. Aber der Staat in seiner Schwäche ist nicht da, um auf diese Bedürfnisse zu reagieren. Vielleicht ist es auch nicht nur Schwäche, sondern mangelnde Entschiedenheit, sich für die Indianer zu engagieren. Die nicht vorhandene Kommunikation zwischen Staat und Indianer hat sie dazu gezwungen zu extremen Maßnahmen zu greifen. Dazu gehören auch gewalttätige Aktionen. In unserem Fall haben wir uns einfach als Sandwich gesehen gegenüber den vom Staat unbeachteten Forderungen der Indianer. Irgendwie mussten sie schließlich Aufmerksamkeit erregen, und wir waren eben am falschen Ort zur falschen Zeit.

Der Konflikt besteht also eher zwischen dem Staat und Indianern und nicht mit den Ölgesellschaften?

Das kann man so sagen. Der Beweis ist, dass die Mehrheit der Forderungen an den Staat gerichtet sind. Nur ein Minimum betrifft die Erdölgesellschaft als solche. Und die Mehrheit der Forderungen, nach Entwicklungsprojekten und Straßenbau entspricht auch der Zuständigkeit des Staates.

Aber die Forderung der Indianer, dass aus Sicherheitsgründen die Zuliefer-Pipeline nicht so nah wie geplant an den Dörfern verlaufen soll, sondern in einer Distanz von 2000 Metern, die geht doch an ARCO?

Das ist ein gutes Beispiel für ein zwar legitimes aber diffuses Sicherheitsbedürfnis. Viele der Forderungen haben wir übrigens unter indianischer Aufsicht umgesetzt, soweit dies unter ingenieurtechnischen Aspekten möglich war. Tatsache ist, dass diese Pipeline sicher konzipiert ist. Wir verstehen natürlich die Zweifel und Sorgen, und sie müssen auch ernst genommen werden. Allerdings würden manche der Forderungen, die Ölleitung viel unsicherer machen, als sie in der geplanten Lage ist. In Deutschland führen die Gasleitungen ja auch durch die Häuser - und keiner protestiert, oder? Sie wissen eben das die Sicherheitsstandards hoch sind. Das wichtigste ist also, dass wir besser informieren müssen, um zu zeigen, dass die Sorge unbegründet ist.

Und was ist mit früheren Pipeline-Unfällen, die durch Materialschäden verursacht waren und keine Einzelfälle waren?

Da haben Sie Recht. Aber in Südamerika wird mittlerweile ein ganz neuer Typ von Pipeline eingeführt, der viel mehr technische Sicherheit bietet. Durch eine elektronisches Prüfsystem prüft sie z.B. den ständigen Druck der Leitung. Sollte der um nur einen Prozent absinken, stoppt das elektronische

Warnsystem sofort den Betrieb der Pipeline. Die Verschmutzung der Flüsse ist auch nicht mehr möglich, denn die Rohrleitung verläuft unter dem Flussbett her. Und dort wo die Pipeline oberirdisch verläuft und wir ein Durchgangsrecht durch den Urwald brauchen beschränkt sich die Breite auf 3,5 bis 5 Meter, so dass auch hier die Schäden durch Abholzung minimal gehalten werden. Das heißt, wir versuchen, die Sicherheits- und Umweltstandards so hoch wie möglich anzusetzen, aber letztendlich hat natürlich jedes Bauvorhaben sein Risiko - auch dieses Haus könnte zusammenkrachen.

Um die Menschen in Villano zu beruhigen hat ARCO ja bereits einiges investiert. Die Führer von OPIP meinen aber, das sei längst noch nicht genug.

In den letzten Jahren haben wir nur an direkten Ausgaben 1,7 Millionen Dollar in die Entwicklung der Dörfer im Block 10 investiert. Hinzu kommen andere Arten von Investitionen, die diese bei weitem übersteigen. Wir haben versucht, eine Baupolitik zu machen, die die lokalen Interessen mit denen unserer Industrie vereinbart. Um zum Beispiel eine Rohrleitung zu verlegen, brauchen wir keine Zugangswege. Aber dann kam die Anfrage von den Dörfern, ob wir Nachbarschaftswege hin zur Ölleitung bauen könnten.

Und was passiert mit dem Bau der Straße zwischen Villano und Puyo?

Das ist die berühmte Strasse der Zwietracht. Indianer- und Umweltschutzorganisationen haben damals beim Staat angefragt, welche Möglichkeiten es gibt, die Erdölförderung in Villano zu nutzen, ohne den Bau einer Strasse. Daraufhin hat der Staat eine Ausschreibung für den Bau einer Pipeline gemacht, mit der Bedingung, diese Konstruktion ohne die Hilfe einer Zuliefererstraße durchzuführen. Also hat ARCO sich mit seiner neuen Technologie präsentiert und bereit erklärt, die für den Bau notwendigen Teile ausschließlich mit Helikoptern heranzutransportieren. Aber im Laufe der letzten zehn Jahre scheinen sich die Dinge geändert zu haben. Jetzt sagen die Dörfer von Villano auf einmal doch: Wir wollen eine Straße. Mittlerweile hat der Staat zur Bedingung gemacht, dass keine Straße gebaut werden darf, und wir haben auch bereits eine Technologie entworfen, die ohne auskommt. Das werden wir auf dieser Höhe der Arbeiten nicht mehr ändern.

Sie haben die unterschiedliche Interessenlage zwischen Organisationen auf der einen und lokalen Indianergemeinden auf der anderen Seite schon angedeutet. Wie haben Sie die Begegnung mit den Indianerorganisationen erlebt?

Am Anfang waren die internen Konflikte für uns schon ein bisschen über-raschend. Die Positionen der verschiedenen Organisationen und Indianer-Gemeinden standen sich oft diametral gegenüber. Während die Gemeinden, weil sie sich arm und isoliert fühlen, eine Strasse fordern, sagen die Organisationen, sie sind arm aber sie haben den Urwald. Wir mussten jetzt entscheiden, was die angemessenere, gerechtere Forderung war. Der Wunsch, den Urwald möglichst unberührt zu bewahren oder der Wunsch nach lokaler Entwicklung. Ich habe den Eindruck, dass manche der Organisationen, die selbstverständlich legitim sind, ihre Ziele erschöpft haben. Zwanzig Jahre lang waren sie damit beschäftigt, sich zu organisieren, zu legitimisieren. Das waren konkrete, feste Ziele. Auch die Forderungen nach Land, nach kultureller

Anerkennung. Aber nachdem das alles erreicht wurde, stehen sie jetzt vor der Herausforderung: Was ist unsere Vision für die Zukunft? Bleiben wir weiter in Enklaven wohnen oder suchen wir eine offene Form, wie wir uns in das System der Marktwirtschaft integrieren können. Das eben scheint mir zu fehlen - klare Konzeptionen. Solange es diese Meinungsverschiedenheiten gibt, werden sich auch die Gemeinden weiter arm fühlen, ohne Ausweg.

Haben Sie denn Verständnis für die Forderungen der Indianer nach finanzieller Beteiligung an den Erdölgewinnen auf der einen und nach Sicherheit auf der anderen, vor allem wenn man an die schrecklichen Folgen von Lago Agrio im Nordosten denkt?

Lago Agrio war tatsächlich katastrophal. Aber Lago Agrio ist auch in einem völlig anderen Kontext geschehen, nämlich vor 25 Jahren. Damals kam erst langsam ein Umweltbewusstsein auf. Auch Umweltingenieure gab es noch nicht. Einen Baum zu fällen, war damals durchaus legitim. Schließlich sah man den Urwald damals eher als grüne Hölle, eine Hölle, die man ruhig verletzen konnte. Und natürlich war auch die Technologie recht primitiv was Umweltaspekte betrifft. Heute braucht man um ein Ölfeld auszubeuten eine Plattform von 3,1 Hektar Umfang, im Nordosten brauchte man damals noch viel größere Ausmaße. Ich sage nicht, dass wir die Geschehnisse vergessen sollen, aber wir sollten auch nicht die Spanier heute für das verurteilen, was die Spanier der Kolonialzeit falsch gemacht haben.

Die Forderungen verstehe ich offensichtlich, aber nur bis zu einem gewissen Maße. Denn man muss auch unsere Rolle sehen. Wir sehen uns als Konstrukteure eines Hauses, nicht als Besitzer des Hauses. Wie das Haus gebaut wird und über dessen Gebrauch verfügt der Besitzer, also die Regierung. Wenn dann natürlich Baufehler auftreten, sind wir dafür verantwortlich. Aber durch die mangelnde Präsenz des Staates, des eigentlichen Besitzers des Erdöls, wird der Erstbeste, den man sieht und mit Erdöl in Verbindung bringt, verantwortlich gemacht - und das ist ARCO. Viele scheinen uns mit dem Staat zu verwechseln und deshalb werden Dinge von uns gefordert, für die wir nicht verantwortlich sind. Gesetzlich nicht verantwortlich, moralisch vielleicht. Wir wollen endlich klarstellen, dass wir nur Ko-Autoren sind - mehr nicht.

Welche der gestellten Forderungen halten Sie denn für unvernünftig?

Aus der Sicht eines Ökologen ist der Bau einer Verbindungsstraße im Urwald unvernünftig, weil sie den Urwald zerstört. Aus der Sicht der Indianer-Dörfer sieht das vielleicht unter Entwicklungsaspekten anders aus. Auf jeden Fall sollten wir vorsichtig sein, uns Meinungen von Indianergemeinden zu eigen zu machen, zu denen wir nicht gehören. Das ist schließlich eine völlig andere Tradition. Deswegen will ich die Forderungen auch nicht legitimieren oder delegitimieren - ich akzeptiere sie als ihre eigenen Forderungen.

Die Indianerorganisationen argumentieren, dass die Provinz Pastaza unter arbeitspolitischen Gesichtspunkten keinen Vorteil von den Erdölgesellschaften habe, weil diese einen Großteil ihres Personals aus anderen Regionen rekrutieren. Sie haben ARCO deshalb zur Bedingung für eine Fortsetzung der Bohrarbeiten gesetzt, dass 80 Prozent ihrer Angestellten aus Pastaza sein

müssen, mit einem hohen Anteil indigener Personen.

Die Petroleum-Industrie ist eine hochtechnologisierte Industrie. Die 80 Prozent-Vorgabe haben wir hinsichtlich nicht-qualifizierter Arbeiter ja schon erfüllt, aber dabei handelt es sich natürlich um zeitlich befristete Arbeit. Ich will ganz ehrlich sein - wir hatten bisher ernsthafte Probleme hier überhaupt qualifiziertes Personal mit mittlerem Niveau zu finden und selbst auf nationaler Ebene ist es schwer, qualifizierte Ingenieure zu bekommen. Wenn wir also von einer Region mit guter Ausbildungsstruktur sprechen würden, könnten wir die 80 Prozent-Klausel akzeptieren, aber so ist das völlig unrealistisch.

Wie sieht die Zukunft aus? Denkt ARCO angesichts der vielen noch ungelösten Konflikte auch über den Rückzug nach?

Wie jedes Unternehmen wägen auch wir Chancen und Risiken ab, und natürlich haben wir auch immer die Option vor Augen, dass wir uns aus dem Geschäft zurückziehen, wenn es zu gefährlich oder unrentabel wird. Aber wir gehen davon aus, dass sich die Probleme lösen lassen, und wir haben vor allem der Regierung deutlich gemacht, dass sie ihren Verpflichtungen nach sozialer, medizinischer und bildungsmäßiger Versorgung nachkommen muss. Aber selbst wenn wir gehen würden, käme schon bald eine andere Firma. Denn auf sein Erdöl kann und will der ecuadorianische Staat nicht verzichten.

Visionen für ein Sarayacu im 3. Jahrtausend

Es wird schon dunkel, als Leonardo sein letztes Gespräch über die Ereignisse der letzten Wochen und die Compañía ARCO beendet. In Sarayacu gehen um 19 Uhr sprichwörtlich die Lichter aus. Sobald das Licht des Tages verblasst, bereitet sich die Urwaldgemeinde auf die Nacht vor. Kinder und Alte gehen zum Fluss, um sich vom Schweiß des Tages zu reinigen. Dann gibt es noch ein bisschen Yucca und Chicha. Bald zeigt die Stille der Nacht, begleitet von den unheimlichen Lauten des Urwaldes, dass die Menschen von Sarayacu schlafen.

Um 4 Uhr morgens erwacht die Quichua-Gemeinde dann wieder zum Leben. Auch in Leonardos Familie gehen seine Mutter und ein paar Enkel für ein erfrischendes Bad zum Fluss. Anschließend wird, wie in allen Familien, Guallusa getrunken - ein Tee des Waldes, der die müden Geister wecken soll. Leonardos Bruder macht sich um 6 Uhr auf zur Jagd. Eine Tagesbeschäftigung. Seine Frau erfüllt zunächst Haushaltspflichten, die wie das Schleppen riesiger Wassereimer zu den Hütten auch von den älteren Frauen manchen Kraftakt erfordern. Später am morgen geht sie dann zur Chagra.

Die Chagra ist ein indianisches System der landwirtschaftlichen Produktion, das schon die Vorfahren zur Subsistenz der Familien betrieben. Mit der Zeit wurde es jedoch zu einer sesshaften Landwirtschaft, die nach Rotationsverfahren die Erde mit bis zu 20 verschiedenen Produkten bebaut. Jede Familie besitzt durchschnittlich drei bis vier Chagras, die zusammen 1,5 bis 2 Hektar bilden. Obwohl in Sarayacu überwiegend noch Subsistenzwirtschaft betrieben wird, verkaufen einige Indianer Yuca und Bananen in kleinen

Mengen auf dem lokalen Markt. Den bilden Lehrer, Missionare, Besucher und einige wenige Händler. Die Kommerzialisierung der Produkte aus der Chagra ist aber noch nicht zu einem täglichen System geworden, sie dient vielmehr der temporär bedingten Lösung finanzieller Probleme einiger Familien.

Ab halb sieben nähern sich aus allen Richtungen kleine Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die fröhlich vor sich hin albern. Manche haben bereits einen 60minütigen Marsch hinter sich. Es ist Schultag in Sarayacu. Das kleine Holzgebäude ist mittlerweile einer Anlage aus vier großen Schulsälen gewichen. Hier gibt es nicht nur eine Grundschule, sondern auch ein Colegio. Heute steht für die älteren Schüler ein Vortrag von Leonardo auf dem Programm. Auch erwachsene Männer und Frauen haben sich eingefunden.

Zunächst spricht der OPIP-Führer über die politische Organisation, die lokale und die regionale. Was will OPIP fragt Leonardo die Schüler. Als er keine Antwort bekommt, schreibt er ein paar Stichworte an die Tafel: Einheit der Indianervölker Pastazas, Verteidigung des autonomen Territoriums und Bildung. Dann hakt er jeden der drei Punkte ab. Die bilinguale Erziehung seit 1988, die Legalisierung der Territorien seit 1992. Für 1.415.475 Hektar Land haben die Indianer mittlerweile Besitztitel, Pastaza aber hat 3.000.000 Hektar. „Der Kampf um unser Land ist also noch nicht beendet“, erklärt Leonardo seinen faszinierten Zuhörern und ergänzt, „es fehlen noch 960.000 Hektar, die unser Überleben als Volk garantieren können“. Dann spricht er von Entwicklungsprogrammen, die Dank der OPIP auch Sarayacu vorangebracht haben. „Als ich Sarayacu verlassen musste, gab es noch keine weiterführende Schule. Ihr habt das Glück, dass ihr jetzt hier lernen könnt, ohne Hunger“, erzählt der begabte Redner, der in seiner Jugendzeit Hunger und Rassismus in Puyo erleben musste. Jetzt gebe es bereits sechs Colegios, die die OPIP gegründet habe.

Und dann geht Leonardo von den Erfolgen der Vergangenheit zu den Visionen der Zukunft über. Das entscheidende Stichwort lautet Autonomie. Einige verständnislose Blicke zeigen, dass man mit dem Fremdwort nichts anfangen weiß. Also erklärt Leonardo: „Autonomie bedeutet, dass wir die Fähigkeit haben, uns selbst unabhängig zu führen.“ Die Grundvoraussetzung dafür sei bereits erfüllt. Nämlich eigenes Land, Land das Sicherheit bedeutet. „Wir Indianer im Regenwald sind sehr reich, aber Autonomie bedeutet, dass wir wissen, wie wir sinnvoll mit unseren Ressourcen umgehen“, bemerkt er kritisch und ergänzt: „Wir sind Besitzer, unseres Landes und seiner natürlichen Ressourcen, und deshalb wollen wir auch keine Angestellten von niemandem sein“. Zum Konzept der Autonomie gehöre auch, dass man den Zustrom Fremder und Siedler, der sogenannten Colonos, kontrollieren müsse. „Deshalb sind wir gegen den Bau von Straßen im Landesinneren“, sagt Leonardo. „Über die Straße kommen die Siedler und sie bringen nicht nur Landprobleme“. Der Vorschlag der OPIP: man will ein eigenes Luftfahrtssystem aufbauen, mit eigenen Piloten, eigenen Flugzeugen und unabhängig finanziert.

Auch für den Bereich Energie hat Leonardo ein Zukunftskonzept: Solaranlagen sollen unabhängige Stromversorgung für die wesentlichen öffent-

lichen Gebäude garantieren. Auf keinen Fall soll der Strom von der Petroleum-Industrie kommen. Die Abhängigkeit wäre schließlich die gefährlichste. In den Häusern will man vorerst kein Licht, das Leben soll so ruhig weiter gehen wie bisher. Weiter gehen wie bisher? Genau das erfüllt den OPIP-Führer mit Sorge. Kulturelle Identität - „ich habe den Eindruck, dass sie immer schwächer wird“, sagt er und blickt ernst in die Runde. „Die kulturelle Identität ist wichtig für unsere Autonomie, denn nur dann können wir eigene Konzepte und Kreativität entwickeln“. Seit den 90er Jahren hätten die Indianervölker dank des politischen Organisationsprozesses Sprache, Traditionen und philosophische Kenntnisse, die verloren zu gehen drohten, gerettet. „Wenn wir unsere traditionellen Produktionssysteme und Erziehung beibehalten, halten wir auch unsere Einheit stark“, hören die Schüler. Wer Quichua spreche, der wisse auch alles über die indianische Kultur. Mit Sorge habe man in der OPIP beobachtet, dass die Vielfalt der angebauten Produkte auf den Chagras zurückgegangen sei.

Als Messlatte für den Stand der kulturellen Identität in den Dörfern und Gemeinden im Amazonas-Regenwald dient Leonardo die Chicha. „Wenn die Leute aufhören, Chicha zu trinken oder sie verkaufen, ist das ein Zeichen, dass sie ihre Identität verlieren.“ Und ein letztes Anliegen liegt dem 39-jährigen am Herzen, der die Einsamkeit, den Überlebenskampf der Menschen „drau-ßen“, in den Großstädten am eigenen Leib erfahren hat - die Minga. Minga ist soziales Handeln im Quichua-Volk. Die Minga findet meistens Samstags statt. Dann treffen sich alle arbeitsfähigen Bewohner der Gemeinde zum Sozialeinsatz: Häuser, Wege, Chagras, ja sogar Kanus werden in einer Minga gebaut. „Wenn die Minga verloren geht, verlieren wir ein großes Werkzeug der Einheit und Sicherheit“, mahnt Leonardo zum Schluss seine gespannten Zuhörer. Denn nur Dank der Minga habe schließlich jede Familie ein Haus, ein Kanu. „Das System der Minga hilft uns, das familiäre Gleichgewicht zu halten, und macht uns zu einer gemeinschaftlichen, solidarischen Gesellschaft.“ Wohl kaum einer der Anwesenden in dem Klassenzimmer aus Holzplanken ahnt die Dramatik hinter diesen Sätzen. Wer aber aus Deutschland kommt, weiß um den unschätzbaren Wert eines solchen Systems.

Eine schrille Klingel reißt die Schüler von den Stühlen. Einige wenige drängen sich mit Fragen um den wohl bekanntesten Bewohner von Sarayacu. Ihnen sagt er noch einmal eindringlich: „Ihr habt die schwerwiegende Verpflichtung, Euch gut vorzubereiten, um später langfristige Pläne für die Zukunft unserer Völker zu machen.“

Zurück bleiben Erinnerungen an ein Paradies

Begleitet von winkenden Kinderhänden hebt die Cessna ab. Zurück bleiben Hütten mit ihren geflochtenen Palmdächern und die Erinnerung an ein Dorf, wo Menschen außerhalb von Raum und Zeit leben. Menschen voller Harmonie und innerer Ruhe. Menschen, für die Chicha und Minga gelebte Solidarität und Gemeinschaft bedeuten. Ich erinnere mich an Leonardos ein-

dringliche Warnung: Die Welt macht immer mehr Fortschritte, aber sie zerstört sich selbst dabei. Und seine Alternative fällt mir ein: „Die größte Reserve der Zukunft liegt in indianischen Territorien, wo es biologische Vielfalt und Harmonie gibt.“ Das meinte wohl auch der Salesianerpater Juan Bottasso als er mir zum Abschied sagte: „Unsere Gesellschaft muss sich indianisieren, sonst gehen wir am Stress zugrunde. Wir müssen ruhiger werden, uns ein indianisches Zeitgefühl angewöhnen und indianische Solidarität.“